

KURZ UND PRÄGNANT

NSU-Untersuchungsausschuss in Hessen

Am 22. Mai beschloss der Hessische Landtag die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den Vorgängen um den sogenannten NSU. Dazu MdL Katharina König: „Der von SPD und LINKEN gemeinsam auf den Weg gebrachte Ausschuss ist ein überfälliger Schritt der parlamentarischen Aufklärung des staatlichen Agierens im Zusammenhang mit dem NSU-Terror.“ Dass gerade in Hessen mit dem Mord von Kassel und den Vorgängen um den Verfassungsschützer T. ein hoher Aufklärungsbedarf bestehe, liege schon seit dem Aufhängen des Trios im November 2011 auf der Hand. Umso verständlicher sei daher die Passivität in Form von Enthaltung durch CDU, Grüne und FDP: „Von der CDU eines selbst in die Affäre um den Verfassungsschützer T. verstrickten Bouffier konnte man außer leeren Bekundungen von größtmöglichem Aufklärungswillen nichts erwarten, aber der Kniefall der Grünen, die berechnete Forderung der Opferfamilien nach politischer Aufklärung der Koalitionsdisziplin zu opfern, macht fassungslos.“

Für die LINKE Thüringen sei es jetzt vordringlich, dass auch in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg endlich Untersuchungsausschüsse die Aufklärungsarbeit übernehmen. Die in den dortigen Regierungen beteiligten Landtagsfraktionen der SPD sollten sich an ihren hessischen Parteifreunden ein Beispiel nehmen. „Die LINKE wird alles dafür tun, den hessischen Untersuchungsausschuss nach Kräften zu unterstützen. Dazu werden wir auch im Thüringer Untersuchungsausschuss für eine enge Kooperation werben.“

Mediendebatte nach dem ZDF-Urteil

„Staatsferne Aufsicht - was folgt aus dem ZDF-Urteil des Bundesverfassungsgerichts?“, so der Titel einer Veranstaltung, zu der die Linksfraktion und die Linke Medienakademie am 5. Juni in die Kleine Synagoge Erfurt eingeladen haben. Bis zum 30. Juni 2015 müssen die Bundesländer, das hat das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich festgelegt, einen neuen ZDF-Staatsvertrag vorlegen. Anteil und Einfluss der Politiker ist zu verringern. Sie dürfen nur noch ein Drittel der Sitze in den Aufsichtsgremien des ZDF besetzen. Mehr Staatsferne haben die Richter verordnet. Was das Urteil bedeutet und wie es - in kurzer Zeit - umgesetzt werden kann, sind noch offene Fragen, um die heftig gestritten wird.

Die Landesregierung blockiert Gemeinden

CDU-Bürgermeister entschlossen sich zu einem ungewöhnlichen Schritt

Seit drei Jahren bemühen sich die Gemeinden Kehmstedt und Niedergebra (Landkreis Nordhausen) erfolglos um einen Wechsel in die Verwaltungsgemeinschaft „Hainleite“. Bislang werden sie von der Stadt Bleicherode verwaltungstechnisch betreut bzw. – so der exakte Ausdruck – „erfüllt“.

Die Gemeinden sind allerdings mit der Qualität der Verwaltung unzufrieden und beklagen zudem die hohen Umlagekosten. Im Frühjahr dieses Jahres hatten sich Niedergebras Bürgermeisterin Burgunde Krumm (CDU) und Kehmstedts Bürgermeister Uwe Merx (CDU) zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen. Sie wandten sich an den kommunalpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Frank Kuschel, und baten um Unterstützung für ihr Anliegen.

„Das ist ein einmaliger Vorgang in Thüringen, dass einem solchen Antrag einer Gemeindeneugliederung nicht stattgegeben wird“, sagte Frank Kuschel. Er verwies darauf, dass mit den Gemeindeneugliederungsgesetzen im Jahr 2013 allen dem Landtag vorgelegten Neugliederungswünschen stattgegeben wurde.

Allerdings hatte die Landesregierung das Anliegen der beiden Gemeinden und die bereits dazu vorhandenen Beschlusslagen der Räte dem Landtag

ganz offensichtlich vorenthalten. Mit einer mündlichen Anfrage an die Landesregierung wollte nun Frank Kuschel mehr Hintergründe in Erfahrung bringen. In der Antwort teilte Innenminister Jörg Geibert (CDU) mit, dass die Strukturänderungen mit dem Verfassungs- und Kommunalrecht unvereinbar seien. Zudem seien keine durchgreifenden Gründe für die Beendigung der verwaltungstechnischen Erfüllung

durch die Stadt Bleicherode benannt. Das geht eigentlich gar nicht. Laut geltender Rechtslage bedarf es keiner Begründung für das Beenden einer „Erfüllung“, so der Kommunalexperte der LINKEN.

Frank Kuschel verweist auf vergleichbare Fälle. Es sei ganz offensichtlich, dass das begründete Anliegen der Gemeinden von der Landesregierung blockiert wird. Die Antwort der

Landesregierung fiel entsprechend nichtssagend aus. Deshalb wird das Thema nun im Juni auf der Tagesordnung des Innenausschusses stehen. Zugleich hat die Linksfraktion einen Gesetzentwurf zur Neugliederung der beiden Gemeinden vorbereitet, welchen sie spätestens mit Beginn der nächsten Legislatur des Landtages einbringen wird. Bei einem gemeinsamen Pressegespräch im Gemeinschaftshaus in Niedergebra informierten die beiden Bürgermeister und Frank Kuschel über das weitere Vorgehen in der Sache.

Matthias Gärtner
Foto: Jost Leßmann



Öffentliche Anhörung zum Kali-Fusionsvertrag

Nachdem die Anträge der Linksfraktion in der ebenfalls von der LINKEN beantragten Sondersitzung des Thüringer Landtags am 19. März zur Offenlegung des Kali-Fusionsvertrages zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen worden waren, findet nunmehr eine öffentliche Anhörung statt. Der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz hat für den 5. Juni dazu eingeladen.

Auf der (langen) Liste der Anzuhörenden stehen neben den involvierten Unternehmen und damals verantwortlichen Landespolitikern auch der Vorsitzende der Linksfraktion, Bodo Ramelow. Er war für die hungerstreikenden Bischofferöder Kali-Kumpel Verhandlungsführer. Kommen werden auch Gerhard Jüttemann, von 1994 bis 2002 für die PDS Mitglied im Bundestag, nachdem er im Kaliwerk zuletzt Betriebsratsvorsitzender war, sowie Johannes Peine. Der niedersächsische Mittelständler, dem dann übel mitgespielt worden war, wollte 59 Millionen D-Mark investieren und 650 in Bischofferode retten.

Vorwurf ist gerechtfertigt

Nach Kenntnisnahme des sogenannten offenen Briefes der Landesausländerbeauftragten an Crawinkler Einwohnerinnen und Einwohner, in der sie die Anmietung von fünf Wohnungen für Flüchtlinge in Crawinkel durch den Landkreis kritisiert, muss sich Petra Heß nach Ansicht der flüchtlingspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger, „den Vorwurf der Stimmungsmache zu Recht machen lassen“.

„Wenn sich die Ausländerbeauftragte – wie sie behauptet – für die Flüchtlinge und die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einsetzen wollte, muss sie sich fragen lassen, warum sie nur einige Tage vor der Wahl, bei der sie selbst in Crawinkel kandidierte, in einem Pamphlet an die Einwohner die beste Möglichkeit gesehen haben soll und die Aufnahme mit Begründungen kritisiert, die nur unweit von Argumenten einer kulturellen Überfremdung und Überanspruchung von Nationen entfernt liegen“, so Sabine Berninger.

Die LINKE Landespolitikerin verwies darauf, dass es selbstverständlich richtig ist, Menschen rechtzeitig zu informieren und mitzunehmen sowie für die Aufnahme von Flüchtlingen zu werben.

„Dass dies unterblieben ist, rechtfertigt aber noch lange nicht, aus der Geisteskrankheit, nicht selbst einbezogen worden zu sein, mit dem Thema der Flüchtlingsaufnahme als SPD-Politikerin im Wahlkampf zu agieren. Das gießt nicht nur Öl ins Feuer einer gefährlichen Grundstimmung in diesem Land, sondern schafft Bestätigung für die rassistische Ideologie der Überfremdung, auf die die rechtsextreme NPD ihren zum Teil erschreckenden Wahlerfolg in einzelnen Kommunen aufbauen konnte.“

Die Berechtigung der Kritik werde auch darin deutlich, so Sabine Berninger weiter, dass sich Petra Heß „an keinem anderen Ort, auch nicht dort, wo sich rassistisch motivierte Initiativen bildeten, in Offenen Briefen an die Einwohnerinnen und Einwohner für die Rechte von Flüchtlingen einsetzte“. Aufgabe einer Landesausländerbeauftragten ist es nun, tatsächlich konstruktiv für die Verbesserung der Lebensbedingungen einzutreten. Wenn sich dabei herausstellen sollte, dass Crawinkel dafür dauerhaft keine Voraussetzungen bieten kann, muss auch darüber gesprochen werden.“